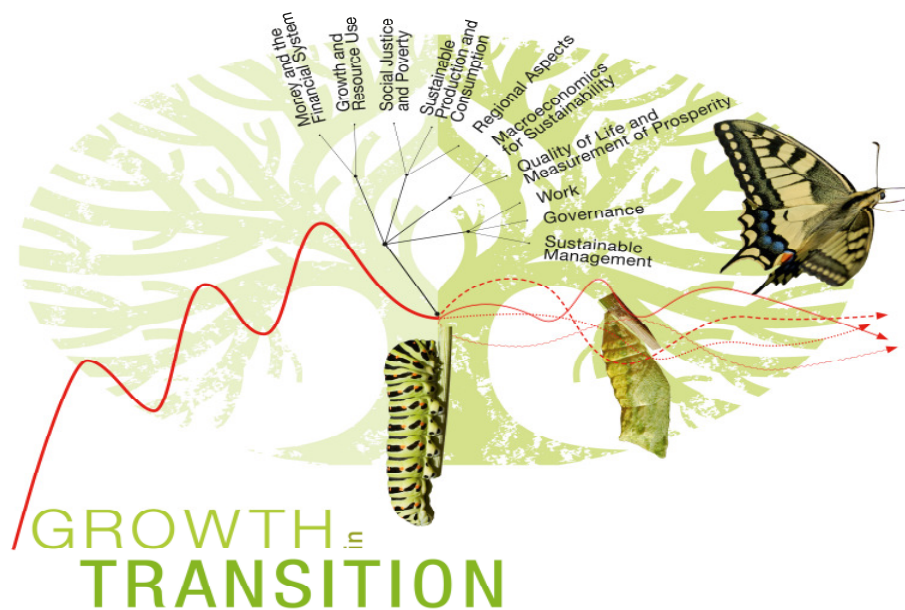


Wachstum im Wandel

Bisherige Ergebnisse der Initiative

HBM Nikolaus Berlakovich: „Ein Mehr an Wirtschaftswachstum ist nicht immer die Lösung.“ (Der Standard, 28.1.2010)



Ein vorläufiges Resümee von Elke Pirgmaier (SERI) und Rita Trattnigg (Lebensministerium)

Oktober 2010

Hintergrund

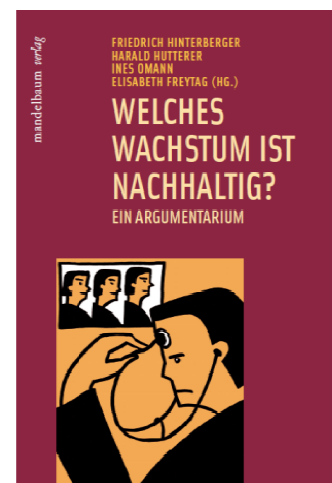
Die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums ist gerade jetzt ein zentrales Thema in wissenschaftlichen und politischen Kreisen, auch wenn kaum mehr abgestritten werden kann, dass Wirtschaftswachstum als der Hauptproblemlöser immer ineffizienter wird (Auseinanderklaffen von Wirtschaftswachstum und der Zunahme von Wohlstand und Lebensqualität, „Jobless Growth“ etc.). In Verhandlungen und Debatten wird Wachstum oft als Mittel und gleichzeitig als Ziel verstanden. Es herrscht allerdings eine gewisse Unsicherheit darüber, wie Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung zusammenhängen. Unsere Erde kann nur eine begrenzte an Umweltbelastungen tolerieren bevor das globale Gleichgewicht der Ökosysteme kippt. Wirtschaftswachstum ist eine der Hauptursachen der globalen Umweltveränderungen, es korreliert direkt mit dem Abbau von natürlichen Ressourcen und ist verantwortlich für steigende Abfallmengen und Umweltverschmutzungen. Besonders EinwohnerInnen der reichen Industrienationen verursachen globale Umweltprobleme durch ihren ständig steigenden Konsumbedarf.

Wir haben keine andere Alternative als mit den materiellen Ressourcen der Erde sparsamer und intelligenter umzugehen. Das kann allerdings nicht in einem ökonomischen System erreicht werden, das nur auf der Effizienz von Marktmechanismen, der Steigerung der Produktion und isolierten, punktuellen Maßnahmen und moralischen Appellen beruht. Der Klimawandel und die Endlichkeit der meisten natürlichen Ressourcen verlangen von uns eine andere Wirtschaftsweise und eine andere Art des Wirtschaftswachstums – ein Wachstum, das ökologisch und sozial verträglich ist. Dazu ist es notwendig, über die „Nebenwirkungen“ des Wachstums zu diskutieren und im Rahmen einer zusammenhängenden Strategie das Anreizsystem und den Regelungsapparat unserer nationalen Ökonomien breitflächig und zielgerichtet zu verändern, um deren Nachhaltigkeit zu erreichen – vis-à-vis den Menschen und den Ökosystemen. Dies ist die Aufgabe der Politik und konkrete Maßnahmen sollten das Resultat einer breiten öffentlichen Debatte sein.

Vor diesem Hintergrund hat das österreichische Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (kurz: Lebensministerium) 2008 ein Projekt initiiert, das sich der Frage widmet, welches Wachstum mit einer nachhaltigen Entwicklung kompatibel ist. Würde dieses Wachstum für die BürgerInnen „reicher“ Erdteile akzeptabel sein? Die Initiative „Wachstum im Wandel“ beabsichtigt, möglichst viele Institutionen und Personen in einen Dialog darüber zu involvieren, wie wir einen Wandlungsprozess in Richtung Zukunftsfähigkeit gestalten können.

„Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium“

Der Startpunkt der Initiative war ein ca. 30seitiges Dokument mit dem Ziel für Interessierte in Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Forschung mit Argumenten in Bezug auf die obigen Diskussionspunkte aufzubereiten. Das „Argumentarium“ stellt sich den Fragen, warum Wirtschaftswachstum in seiner jetzigen Form problematisch sein kann, welche Faktoren das Wachstum antreiben und welches (andere) Wachstum wir als Gesellschaft brauchen. Die Fakten belegen, dass Wirtschaftswachstum in seiner jetzigen Ausrichtung die



Lebensqualität der Menschen in den westlichen Industrienationen grundsätzlich nicht (mehr) weiter verbessert. Zusammen mit 13 Kommentaren von ausgewählten Stakeholdern ist das Argumentarium im Mai 2009 im Mandelbaum-Verlag als Buch erschienen.

Partnerorganisationen

Seit dem Beginn 2008 haben sich mehr als 15 Partnerorganisationen an der Initiative „Wachstum im Wandel“, insbesondere an der internationalen Konferenz im Jänner 2010, aktiv beteiligt. Unter der Dachmarke „Wachstum im Wandel“ organisieren diese Institutionen auch weiterhin Aktivitäten, die zu einem „größeren Ganzen“ beitragen – um Kräfte zu bündeln und mehr Aufmerksamkeit zu erzeugen. Der momentane Partnerkreis besteht aus:

Bundeskanzleramt; Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz; Bundesministerium für Finanzen; Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft; Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung; Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend; Bank Austria; B.A.U.M. Gruppe; Industriellenvereinigung; Ökosoziales Forum; Oesterreichische Nationalbank; Wirtschaftskammer Österreich; Stadt Wien; Austrian Chapter des Club of Rome; Land Niederösterreich; Sustainable Europe Research Institute (SERI); Karuna Consult und Tatwort.

Meilensteine

Neben dem Buch „Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium“ wurde im Rahmen und in Kooperation mit der Initiative „Wachstum im Wandel“ das Zukunftsdossier „Wirtschaften jenseits von Wachstum“ und das Diskussionspapier „Wachstum im Wandel“ veröffentlicht und mehrere Veranstaltungen organisiert.

- „Wirtschaft gesund schrumpfen?“ Vortrag von Prof. Dennis Meadows am 2. September 2009, Wien (veranstaltet vom Austrian Chapter und European Support Centre des Club of Rome)
- Workshop „Wachstum zukunftsfähig gestalten: Schauplätze, Akteure, neue Ansätze“, 10. Juni 2009, Wien
- Workshop „Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch: Entwicklung und Perspektiven“, 26. Mai 2009, Wien
- Präsentation des Buches „Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium“, 13. Mai 2009, Wien
- Workshop „Redefining Growth and Prosperity“, 21. April 2009, Brüssel
- Workshop „Welches Wachstum? Ökosoziale Marktwirtschaft im Gespräch. Stichwort Lebensqualität“, 16. März 2009, Wien (veranstaltet vom Ökosozialen Forum Österreich)
- SciBarCamp „Wachstum im Wandel“ am 27. Jänner 2010, Wien
- Internationale Konferenz „Wachstum im Wandel“ 28.-29. Jänner 2010, Wien
- Plattform Ländlicher Raum in Niederösterreich: Wachstum im Wandel – Bedeutung für den ländlichen Raum in NÖ, 21. April 2010, St. Pölten (veranstaltet vom Land Niederösterreich)

- Forum Finanz zum Thema „Neue Messgrößen für Wohlstand und Lebensqualität“, 10. Mai 2010, Wien (veranstaltet vom Bundesministerium für Finanzen und der Statistik Austria)
- Auftaktgespräch zur Sommerwoche „Arbeit im Wandel“, 19.-23. Juli 2010, Schlierbach/OÖ (veranstaltet von der SPES Zukunftsakademie)
- Arbeitskreis im Rahmen der Alpbacher Reformgespräche von 23.-25. August 2010 in Alpbach „Arbeit in der qualitativen Wachstumsgesellschaft“ (veranstaltet vom Ökosozialen Forum, Lebensministerium und BMWFJ)
- Workshop im Rahmen der globart Academy 2010 „Wendezeit – Bausteine für einen anderen Fortschritt“ zum Thema „Wachstum ohne Ende?“, 19.-22. August 2010, Pernegg/NÖ
- STRAT.AT*plus*-Synergieveranstaltung „GDP and beyond – Gibt es Alternativen zum Wachstum und was bedeutet das für Regionen und Regionalentwicklung?“, 28. September 2010, Wien (veranstaltet von der Österreichischen Raumordnungskonferenz)
- Präsentation des Buches „Postwachstumsgesellschaft“, 28. September 2010, Wien

Internationale Konferenz „Wachstum im Wandel“, 28. und 29. Jänner 2010

Das Themenspektrum der Konferenz war bewusst breit angelegt, um möglichst viele unterschiedliche Stakeholder einzubinden. Im Rahmen von „Key Note Speeches“, Diskussionen und zehn, teils parallel geführte Sessions wurden die zentralen Themen von „Wachstum im Wandel“ diskutiert:

- Geld und Finanzsystem
- Wachstum und Ressourcenverbrauch
- Soziale Gerechtigkeit und Armut
- Nachhaltige Produktion und Konsum
- Regionale Aspekte
- Nachhaltige Makroökonomie
- Lebensqualität/Messung von Wohlstand
- Arbeit
- Governance
- Nachhaltiges Management



50 Vortragende und mehr als 550 TeilnehmerInnen nahmen an der Konferenz teil. Bemerkenswert war dabei vor allem der Kreis der Organisatoren. Initiiert vom österreichischen Lebensministerium und wissenschaftlichen Partnern luden fünfzehn Organisationen aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu dieser hochkarätigen Veranstaltung. Von der Oesterreichischen Nationalbank über das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Finanzen bis zu großen, international agierenden Unternehmen wie Bank Austria oder REWE international reicht der Kreis der Institutionen, die sich nicht nur finanziell und organisatorisch sondern auch inhaltlich an

Diskussionen zur Frage beteiligten, „wie weiter mit oder gegebenenfalls eben auch ohne substantielles wirtschaftliches Wachstum“.

Fazit: ein ganzheitlicher Blick auf ökonomische, ökologische, soziale und psychologische Bedingungen wie Konsequenzen ist nötig, um die Frage zu beantworten, ob die gegenwärtige wirtschaftliche Situation eine kurzfristige und damit überwindbare „Krise“ oder eher ein Vorgeschmack auf künftige Normalität ist. „Mehr Lebensqualität“ scheint sich als neuer Leitbegriff für Politik und Wirtschaft heraus zu kristallisieren.

„Der Diskurs zum Thema „Wachstum“ ist auch in Österreich eröffnet, so das Resümé vieler TeilnehmerInnen! Eine ausführliche Dokumentation (Zusammenfassungen, Präsentationen und Videos) findet sich im Internet unter www.wachstumimwandel.at und www.growthintransition.eu.

Ergebnisse der Konferenz

Geld und Finanzsystem

Ausgehend von den dramatischen Auswirkungen der Finanzkrise auf Realwirtschaft, Arbeitsmärkte und Entwicklungsländer hat sich die Diskussion damit beschäftigt, welche Rolle Finanzmärkte für das Wirtschaftswachstum spielen, was zur aktuellen Dominanz der Finanzmärkte geführt hat und wo Reformen ansetzen könnten.

Diskutierte Maßnahmen:

- Alternative Währungssysteme
- Grüne Investitionen, um Beschäftigung und gleichzeitig das Fundament für eine nachhaltige Wirtschaft zu schaffen
- Eine stärkere Regulierung von Hypotheken-Bankgeschäften; eine Reduzierung von Staatsschulden in florierenden Zeiten und eine Berücksichtigung von Asset Preisen durch die Nationalbanken bei der Bekämpfung von Inflation, um künftige Immobilienblasen zu verhindern
- Förderung von Debatten wie der Finanzsektor im Dienste der Gesellschaft steht
- Kosten-Nutzen-Analyse für Finanzprodukte
- Demokratisierung des Finanzsystems: eine globale regulierende Reform unter Einbeziehung derjenigen, die von der Finanzkrise am stärksten betroffen sind (wie z.B. ArbeiterInnen)
- Errichtung von globalen, verantwortlichen Institutionen

Wachstum und Ressourcenverbrauch

Vor dem Hintergrund des kontinuierlich steigenden globalen Ressourcenverbrauchs wurden die Konturen für eine strukturelle Neuorientierung im Umgang mit natürlichen Ressourcen zur Diskussion gestellt. Die Vortragenden waren sich einig, dass Effizienzbemühungen allein nicht ausreichen, um eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs herbeizuführen.

Diskutierte Maßnahmen:

- Thematisierung von „Rebound Effekten“ (Zunichtemachen von Ressourceneinsparungen durch Effizienz aufgrund Mehrverbrauch)

- Ressourcenlimits als Voraussetzung für eine absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs
- Nationale Maßnahmen, die globale Konsequenzen berücksichtigen (z.B. die Verschiebung von Umweltlasten durch internationalen Handel)
- Das Konzept des „fair share“ soll die Debatte begleiten, d.h. das Recht jedes Erdbewohners auf gleiche Nutzungs- und Verschmutzungsrechte
- Maßnahmen zur Peak Oil Problematik umfassen: Bewusstseinsbildung – Sparsamkeit – Effizienz – Gerechtigkeit – Priorisierung von alternativen Treibstoffen und -technologien

Soziale Gerechtigkeit und Armut

Im Lichte großer sozialer Herausforderungen wie der Wirtschaftskrise, der ökologischen Krise, der Alterung der Bevölkerung, dem Anstieg der Armutgefährdung und der Einkommens- und Vermögensungleichheit in OECD Ländern ging es in der Diskussion um die Gründe dieser Entwicklungen und deren Konsequenzen für unser Zusammenleben. Es wurde behandelt, wie viel Ungleichheit für eine Gesellschaft erträglich oder notwendig ist und wie Abgaben- und Steuersysteme entsprechend gestaltet werden können.

Diskutierte Maßnahmen:

- Mindesteinkommen und faire Arbeits- und Lebensbedingungen generell, die ein gutes Leben ermöglichen
- Maßnahmen, die einen freien Zugang zu Sozialleistungen garantieren
- Nutzung von großen Spielräumen im Steuersystem, z.B. Reduzierung von arbeitsbezogenen Steuern, Einführung von vermögensbezogenen Steuern, . Keine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und der USt, da sie Menschen mit niedrigen Einkommen jetzt schon überproportional belasten
- Erweiterung der Debatte weg von einer reinen Steuerdiskussion hin zu einer Diskussion um soziale Gerechtigkeit
- Starker Fokus auf Arbeitsmarktmaßnahmen, z.B. ein Hinterfragen des konventionellen Arbeitszeitmodells
- Entwicklung von innovativen neuen Modellen, um soziale Risiken abzufedern
- Mit Vorurteilen brechen, z.B. durch eine Thematisierung von menschlicher Würde oder der Förderung von Menschenrechten
- Mehr Demokratie, z.B. mehr Mitbestimmungsrechte für Menschen mit Armutserfahrung
- Vertretung eines globalen Ansatzes, um die Bekämpfung von Armut und soziale Ausgrenzung in einen breiteren Kontext zu stellen

Nachhaltige Produktion und Konsum

Die Beziehung zwischen Angebot von und Nachfrage nach nachhaltigen Produkten stand auf der Tagesordnung dieser Session. Darüber hinaus wurde die Rolle des Marketings, Möglichkeiten zur Steigerung des nachhaltigen Verhaltens der MarktteilnehmerInnen und die Auswirkungen der aktuellen Krise auf nachhaltige Produkte diskutiert.

Diskutierte Maßnahmen:

- Umdenken von Produkten zu Funktionen, vom WIE zum WARUM, z.B. Mobilität anstatt des Autos (Nutzen statt Besitzen u.ä.)
- Ausschöpfen von großen Potentialen im Wohnungsbau und der thermischen Sanierung
- Maßnahmen, die die Kluft vom Bewusstsein zum Handeln abbauen, z.B. besserer Wissensaustausch und bessere Abstimmung von Politikmaßnahmen
- Verfolgung eines dynamischen Lebenszyklus-Ansatzes, der durch Kennzeichnung, Minimalstandards und öffentliche Beschaffung unterstützt wird
- „Grüne“ öffentliche Beschaffung, Eco-Design, Eco-Innovation und grünes Beschaffungswesen in Unternehmen als Potentialträger

Regionale Aspekte

Diese Session betrachtete „Wachstum im Wandel“ im regionalen Bezug – von der Sicht der OECD bis zu konkreten Maßnahmen in einigen Regionen Österreichs. Diskutiert wurde vor allem welche Möglichkeiten Regionen haben, das Potenzial offener Wirtschaften zu nutzen und nachhaltigen Wohlstand und Lebensqualität für ihre BewohnerInnen zu sichern und welche Rolle Regionen in der Wachstumsdebatte neben der nationalen und übernationalen Politik spielen.

Diskutierte Maßnahmen:

- Lokales Wissen, Motivation, große Innovationskapazitäten und Experimentierfreudigkeit gelten als wichtige Instrumente; Regionen können z.B. als Experimentierfelder für eine innovative Klimapolitik fungieren, wovon die nationale Ebene profitieren kann
- Nutzung von Autonomien, Vielfalt, Unverwechselbarkeiten, z.B. Pielachtal / Dirndltal
- Unverwechselbare Produkte führen zu einer unverwechselbaren Landschaft
- Eine Schwerpunktsetzung, um Kräfte zu bündeln, eine starke Stakeholdereinbeziehung und ein integrierter Politikansatz sind zentral
- Fokussierung auf krisenfeste und anpassungsfähige Regionen als neues Paradigma in der Regionalentwicklung – Regionale Zentren als Impulsgeber für die Regionen
- Förderung der lokalen Integration von Nachhaltigkeitspolitiken
- Bewusstseins-schaffung für die Rolle von Regionen in der Grundversorgung; Lebensqualität beinhaltet eine funktionierende Infrastruktur und Grundversorgung von Basisdienstleistungen

Nachhaltige Makroökonomie

In der Session wurden die Rahmenbedingungen für eine „nachhaltige Makroökonomie“ diskutiert, die ökologisch nachhaltig, sozial gerecht und in der Lage sind, langfristige ökonomische Stabilität herzustellen. Es wurde die Frage aufgeworfen, welche Rahmenbedingungen wie geändert werden können, um unsere Wirtschaft und Gesellschaft weniger wachstumsabhängig zu machen.

Diskutierte Maßnahmen:

- Festlegung eines neuen makroökonomischen Ziels, danach graduelle Anpassung von einzelnen politischen Strategien
- Höchstbegrenzungen für Ressourcen- und Energieverbräuche, Abfälle und Landnutzung, um absolute Umweltverbräuche innerhalb regenerativer Kapazitäten zu senken
- Forcierung eines grünen Technologiewandels, z.B. dezentrale Energiesystems
- Forcierung von effizienzsteigernden Technologien und Prozessen und von langlebigen und reparierbaren Produkten
- Schaffung von aussagekräftigeren Preisen, z.B. CO₂-Preis
- (Globale) Stabilisierung des Bevölkerungswachstums
- Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich, die durch Produktivitätswachstum gerechtfertigt sind, könnten zu weniger Arbeitslosigkeit und weniger Umweltverbrauch im Gegenzug für mehr Freizeit führen
- Maßnahmen zur Verringerung von Ungleichheiten und Einführung von großzügigeren Armutsbekämpfungsprogrammen
- Verringerung der Konsumnachfrage, z.B. durch Fokussierung auf informative Werbung
- Eine radikale Veränderung wie wir über Konsum, Werte und Lebensweisen denken scheint unerlässlich
- Stärkerer Fokus auf die regionale Ebene anstatt der globalen Ebene
- Bildungsmaßnahmen: Verbreitung von Wissen über ökologische Probleme, z.B. durch die Nutzung von Open-Source Prozessen; Lebenslanges Lernen; Förderung und Diffusion von ökologischen Fähigkeiten und Kenntnissen für SMEs
- Veränderungen in Bezug auf das schuldenbasierte Bankwesens
- Entwicklung/Einführung von neuen Indikatoren zur Fortschrittsmessung

Lebensqualität/Messung von Wohlstand

In dieser Session wurde diskutiert, wie die Messung des *Lebensstandards* auf die Erfassung der *Lebensqualität* ausgedehnt werden kann, wie wichtige Aspekte wie Sozialkapital oder Verteilungsgerechtigkeit besser erfasst werden können und welche Alternativindikatoren zu BIP-Daten es bereits gibt. Zusätzlich wurde Fragen der Umsetzung von neuen Messkonzepten nachgegangen.

Diskutierte Maßnahmen:

- (Weiter-)Entwicklung von Indikatoren zur Wohlstands-, Wohlergehens- und Lebensqualitätsmessung nach dem Motto: „measure what matters“
- Regelmäßige Messungen/Datenerhebungen, um Veränderungen im Zeitablauf feststellen zu können
- Messgrößen sollten idealerweise demonstrieren, dass ein niedriger Umweltverbrauch mit hohem Wohlergehen einhergehen kann („good lives need not cost the Earth“)
- Glaubhafte und verlässliche Messgrößen für menschliches Wohlbefinden müssen Sozialkapital mit in Betracht ziehen / die Bedeutung von sozialen Beziehungen („sociability“) für die Lebensqualität sollte mehr ins Bewusstsein von EntscheidungsträgerInnen gelangen
- Politiken für die Erhöhung von Sozialkapital in der Stadtplanung, im Bildungsbereich, im Gesundheitssystem, in den Medien etc.

- Die Frage der Verteilung spielt eine große Rolle, da Menschen die in „gleicheren“ Gesellschaften leben (die sich z.B. durch ein geringes Einkommensgefälle auszeichnen) tendenziell glücklicher sind

Arbeit

In dieser Session wurden die aktuelle Situation der Arbeit in qualitativer und quantitativer Hinsicht und die zukünftige Entwicklung diskutiert. Ziel war dabei auch, Wege aus der Arbeitslosigkeit zu finden, die nicht auf Wirtschaftswachstum beruhen und Arbeit auch in einem breiteren Sinn als nur als formale Beschäftigung zu diskutieren.

Diskutierte Maßnahmen:

- Umverteilung von Arbeit durch allgemeine Arbeitszeitverkürzung
- Teilzeitarbeit mit möglichst hohem Stundenausmaß als zeitlich befristete Übergangsangebote
- Anpassung von sozialer Sicherheit an zunehmend flexiblere Erwerbsbiographien („Flexicurity“), wobei Flexibilisierungstendenzen nicht nur zugunsten der ArbeitgeberInnen ausgestaltet sein dürfen
- Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt und vor allem bei Einkommen
- Ausbau von Sachleistungen, wie z.B. hochwertige und leistbare Kinderbetreuungseinrichtungen, oder mobile, teilstationäre und stationäre Pflegeeinrichtungen
- Aufwertung von Betreuungs- und Pflegeberufen (Investitionen in Ausbildung, Arbeitsbedingungen, Einkommen etc.)
- Förderung des Männeranteils an der unbezahlten Versorgungsarbeit
- Bewusstseinsbildung, dass Erwerbsarbeit nicht unabhängig von Versorgungsarbeit gesehen/geleistet werden kann

Governance

Diese Session widmete sich vor allem der Frage, welche Governance-Praktiken einer Regulierung der Finanzmärkte, einem effektiven Klima- und Umweltschutz und einer langfristig erfolgreichen Beschäftigungspolitik am besten dienen können und welche AkteurInnen in die spezifischen Governance-Prozesse eingebunden werden sollten. Die Rolle des Staates und die Umsetzbarkeit zu treffender Maßnahmen wurden ebenfalls thematisiert.

Diskutierte Maßnahmen:

- Globale Governance ist besonders in folgenden Bereichen notwendig: makroökonomische Stabilität, Armutsbekämpfung und Entwicklungszusammenarbeit, Umwelt und Klima, soziale Gesundheit, Investitionen/Handel/Wettbewerbsfähigkeit und illegale Aktivitäten
- „Sandwich Lösungen“ für langfristige Herausforderungen, bei denen minimale internationale Übereinkommen und (regionalen) Marktkräften/-instrumenten verbunden werden (Kombination aus top-down und bottom-up Ansätzen)
- Breite Beteiligung von allen wichtigen Akteuren (z.B. Parlamente, Regionen, Sozialpartner, Zivilgesellschaft etc.)

- Institutionalisierung der (organisierten) Zivilgesellschaft, z.B. durch zivile Dialoge (ein top-down Ansatz) oder NGO-compacts (ein bottom-up Ansatz)
- Mechanismen, die Spillover-Effekte verhindern bzw. verringern
- Ad-hoc Lösungen anstatt von internationalen Verträgen für dringende Probleme

Nachhaltiges Management

Impulsreferate von erfolgreichen Unternehmern beleuchteten in dieser Session die Praxis des „Sustainable Managements“ – die Umsetzung eines nachhaltigen Unternehmenskonzepts, den Aufbau neuer Geschäftsmodelle in Krisengebieten und die täglichen Anforderungen im Zusammenspiel mit Lieferanten, KundInnen und MitarbeiterInnen. Im anschließenden „World Cafe“ diskutierten die TeilnehmerInnen mit den UnternehmerInnen und ManagerInnen an round tables.

Diskutierte Maßnahmen:

- Lebensqualität in der Arbeitswelt und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit ökologischer und sozialer Verantwortung sollten gelebte Werte in Unternehmen sein
- Neue Rating-Instrumente: Unternehmen sollten nach ihrem gesamten Stakeholder-Nutzen beurteilt werden
- Visionen als Triebfedern für erfolgreiche nachhaltige Unternehmen
- Einnehmen einer Vorbildwirkung von Entrepreneurs
- Bildungsmaßnahmen und Medienunterstützung

Statements und Zitate der Konferenz¹

BM Niki Berlakovich, Lebensministerium

Wachstum hat zu Wohlstand beigetragen, aber die Nebenwirkungen außer Acht gelassen, wie Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt oder Ressourcenknappheit. Der materielle Wohlstand ist wichtig, aber auch der soziale Zusammenhalt und eine intakte Umwelt. Dafür ist eine neue Denkart notwendig.

Ashok Khosla, President of the Club of Rome

It is not clear for me, that we need growth. We need a better life! Therefore everybody should live on earth as if he/she is planning to stay.

Paul Schreyer, OECD

We are on the way from measurement of production to measurement of well-being:

- *material well-being*
- *quality of life*
- *sustainability.*

¹ Zu finden auf der Website des Lebensart Magazins: <http://www.lebensart.at/start.asp?ID=1112&b=>

Werner Wutscher, REWE International

Nachhaltigkeit und ein sparsamer Umgang mit Ressourcen ergänzen sich. Übersehen wird oft der soziale Aspekt. Es geht nicht nur um die Technik. Es geht auch darum, die Menschen miteinzubeziehen. Die Veränderung wird nur über die Zivilgesellschaft, über die kritischen KonsumentInnen gehen.

Susanne Granzer, Universität für Musik und darstellende Kunst Wien

„Wachstum im Wandel“ lässt eine „Doppelbelichtung“ entstehen:

Im Zusammenhang mit dieser Diskussion ist der Begriff „Wachstum“ negativ aufgeladen, Wandel ist notwendig, aber auch nicht positiv besetzt. Als Künstlerin habe ich einen völlig anderen und hochpositiven Zugang: Wachstum bedeutet in erster Linie persönliches Wachstum, Weiterentwicklung. Wandel ist damit unabdingbar verbunden und notwendig.

Rita Trattnigg (Lebensministerium) und Fritz Hinterberger (SERI) resümierten abschließend:

Wenn Wachstum als große Erzählung wegfällt was kommt dann an dessen Stelle? In einer demokratischen Weiterentwicklung ist eine Allianz von Politik, Wirtschaft Wissenschaft und Zivilgesellschaft höchst notwendig.“ (Trattnigg)

Leitlinie könnte sein, dass wir auf das Wachstum von nicht messbarem setzen und Vorsicht Dingen walten lassen, die messbar sind“ (Hinterberger).

Folgeaktivitäten

Die internationale Konferenz war ein wichtiger Meilenstein der „Wachstum im Wandel“ Debatte und der Prozess geht weiter. Nächste Aktivitäten beinhalten unter anderem:

- Bildung von Allianzen sowie initiieren weiterer Dialoge zwischen der Politik, der öffentlichen Verwaltung, BürgerInnen, der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft etc.
- Organisation weiterer Veranstaltungen
- Fortsetzung der wissenschaftlichen Arbeit (z.B. SERI arbeitet im Auftrag von drei Ministerien an einem Projekt über die Auswirkungen einer anhaltenden Wachstumsschwäche in Österreich)
- Überlegungen für eine positive Zukunfts-Vision, auch unter Einbeziehung der Postwachstums-Perspektive
- Publikation eines englischen Buches sowie Publikationstätigkeit in anderen Buchprojekten
- Networking mit britischen Institutionen und deutschen NGOs
- Monitoring und Teilnahme an europäischen Aktivitäten wie „GDP and Beyond“ (Das BIP und mehr) und „Europe 2020“ (Europa 2020)
- Stärkere Einbeziehung österreichischer Gemeinden und Regionen
- Förderung der Wachstumsdebatte auf Konferenzen
- Fortsetzung der Websites www.growthintransition.eu und www.wachstumimwandel.at
- ...

Der Übergang zu einer nachhaltigen und krisenfesten Wirtschaft

Im Mai war Professor Tim Jackson im Rahmen von „Wachstum im Wandel“ zu Gast in Wien. In seinem Buch „Prosperity Without Growth. Economics for a Finite Planet“ beschreibt er eine glaubwürdige Vision, wie wir als Gesellschaft gedeihen können – innerhalb von ökologischen Grenzen eines endlichen Planeten. Die Umsetzung dieser Vision sieht er als die dringlichste Aufgabe unserer Zeit.

Auf die Frage, woher er die Zuversicht für den möglichen Wandel nehme, antwortete Tim Jackson im Rahmen des Workshops, dass jetzt die Zeit reif sei für Veränderungen und anders als noch vor einigen Jahren auch EntscheidungsträgerInnen in Wirtschaft und Politik hellhörig würden gegenüber neuen Wegen. Tim Jackson kritisiert nicht nur, sondern zeigt mit „12 Steps to a Sustainable Economy“ Wege zu einer ökologisch tragfähigen und sozial gerechteren Welt. Seine Beschreibung eines konkreten Zukunftsweges fällt in drei breite Kategorien: den Aufbau einer nachhaltigen Makroökonomie, Möglichkeitsspielräume für menschliches Erblühen (flourishing) und Respekt vor ökologischen Grenzen (siehe Box).

Box: 12 Schritte zu einer nachhaltigen Wirtschaft

Aufbau einer nachhaltigen Makroökonomie

Auf Schulden aufgebauter materieller Konsum ist als Basis für unsere Makroökonomie zutiefst unzulänglich. Die Zeit ist reif für die Entwicklung einer nachhaltigen Makroökonomie, die für ihre Stabilität nicht auf fortwährendem Wachstum und der Expansion von Materialdurchsatz basiert. Vier Politikbereiche wurden für dieses Ziel identifiziert:

- Entwicklung von nachhaltigem makroökonomischen Leistungsvermögen
- Investitionen in öffentliche Güter und öffentliche Infrastruktur
- Verbesserung der finanziellen und fiskalen Umsichtigkeit
- Reformierung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Möglichkeitsspielräume für menschliches Erblühen (flourishing)

Die soziale Logik, die Menschen zu materialistischem Konsum verleitet ist gewaltig, aber aus ökologischen und psychologischen Gründen schädlich. Wohlstand kann nur dann erreicht werden, wenn Menschen aus dieser Dynamik befreit werden und kreative Möglichkeiten zur Verfügung stehen, damit Menschen erblühen können – innerhalb der ökologischen Grenzen unseres Planeten. Fünf Politikbereiche richten sich an diese Herausforderung:

- Teilen der vorhandenen Arbeit und Verbesserung der Work-Life-Balance
- Bewältigung von systemischen Ungleichheiten
- Messung von Verwirklichungschancen und menschlichem Erblühen
- Stärkung von Human- und Sozialkapital
- Umsteuerung der Konsumkultur

Respekt vor ökologischen Grenzen

Unsere verschwenderische Konsumgesellschaft führt zu einem Raubbau von natürlichen Ressourcen und einer nicht nachhaltigen Belastung globaler Ökosysteme. Es müssen dringend klare Grenzen für Ressourcen- und Umweltverbräuche gesetzt und Politiken entwickelt werden, die zu deren Umsetzung führen. Drei Politikvorschläge unterstützen diese Aufgabe:

- Klar definierte Ressourcen/Emissionsbeschränkungen
- Umsetzung einer nachhaltigen Fiskalreform
- Förderung von Technologietransfer und internationalem Schutz von Ökosystemen

10 Erfolgsfaktoren der Initiative „Wachstum im Wandel“

1. **Fragen unserer Zeit:** Grundsätzliche Fragen zu stellen, wie die Frage nach einem guten Leben oder dem Funktionieren unseres Wirtschaftssystems führen dazu, dass sich verschiedene Gruppen angesprochen fühlen. „Welche Art des Wachstums wollen wir?“ wurde zu einer aktuellen Frage in Institutionen wie den Ministerien.
2. **Empowerment:** Aufspüren und Ausnützen von Möglichkeits- und Handlungsfenstern, Aktivierung von verschiedenen Akteursgruppen
3. **Legitimierung:** Verbindung des Dialoges mit der internationalen Debatte
4. **Schneeballeffekte:** vom Kleinen ins Große (erst nach der Aufbereitung des Feldes durch kleinere Stakeholder-Dialoge eine große Konferenz veranstalten)
5. **Offenheit:** Wertschätzung der Denk- und Handlungsweisen anderer Personen (Ziel: Verstehen Wollen anderer Perspektiven)
6. **Meilensteine setzen:** wie das Buch oder das Entzünden der Debatte durch das laienverständliche Argumentarium
7. **Stakeholder-Ansatz:** gemeinsame Aushandlungsprozesse zwischen Staat, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft etc. sind der Schlüssel für einen Wandel in Richtung Nachhaltigkeit
8. **Inspiration und Dialog praktizieren** statt Überzeugen-Wollen und Ergebnisorientierung
9. **Einbeziehung von Integrationsfiguren** : entscheidende Personen zum Mitmachen einladen
10. **Positive Visionen und anschauliche Bilder entwerfen:** eine andere Art des Wohlstands ist möglich!

Wachstum im Wandel geht weiter!

Die Frage "Welches Wachstum wollen wir?" führt automatisch zu Fragen wie: Wer wollen wir sein? Wie wollen wir leben? Was sind unsere Werte im Leben? Dies ruft eine grundsätzliche demokratische Debatte über unsere Hauptambition hervor: das gute Leben für alle, heute und morgen.